



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Jahresberichte der höheren Lehranstalten in Preußen

Preußische Auskunftstelle für Schulwesen <Berlin>

**Berlin, Nachgewiesen 1921/22 - 1927/28(1930); damit Ersch.
eingest.**

Not der Schulen

urn:nbn:de:hbz:466:1-30023

einer eindrucksvollen und würdigen Abschiedsfeier ein. Eine große Anzahl älterer und jüngerer ehemaliger Schülerinnen des Seminars erschienen mit den Lehrkräften und dem letzten Jahrgang des Seminars zu einer weihvollen Feierstunde in der Aula der Schule, zu welcher auch die Stadt Bielefeld, das Kuratorium der Anstalt sowie die Schulverwaltung Vertreter entsandt hatten. Auch der frühere langjährige Dezernent der Anstalt, Herr Geheimrat Schlüter, war zu aller Freude gekommen. Er begrüßte in warmen Worten seine ehemaligen Schülerinnen und hob die freundlichen Beziehungen hervor, die ihn viele Jahre hindurch mit der Cecilienschule verbunden hätten. Der Direktor der Anstalt gab in seiner Festrede den Überblick über den Werdegang des Seminars und betonte, daß es durchaus seiner Aufgabe gewachsen gewesen und stets sein schönstes Ziel gewesen sei, verantwortungsbewußte, lern- und lehrfreudige, christliche Persönlichkeiten für ihren schönen Dienst an Volk und Vaterland heranzubilden. Aus den Ansprachen der Vertreter der Stadt und des Kuratoriums klang die warme Anerkennung der von dem Seminar geleisteten Arbeit heraus. Das Seminar sei eine Kraft- und Segensquelle für das Ravensberger Land und darüber hinaus gewesen.

Am Abend vorher hatten sich etwa 200 alte und junge Seminaristinnen im festlich geschmückten Eintrachtsaal zu einem Begrüßungsabend zusammengefunden, der durch launige Tischreden, frohe Lieder und heitere Darbietungen verschönt wurde. In langen Reihen saßen sie, die gemeinsam das Seminar besucht hatten, in herzlicher Wiedersehensfreude beisammen. Der Abend war von einem starken Gemeinschaftsgefühl getragen, das alle Teilnehmer umschloß. — Zu dem gemütlichen Beisammensein am Abend des Festtages hatten sich wohl 300 Gäste eingefunden. Schulbilder aus alter Zeit, Lichtbilder, welche die verschiedenen Jahrgänge von den 80er Jahren bis zur Gegenwart zeigten, Lektionen nach alter und neuer Art in humorvoller Gegenüberstellung ließen auch diesen Abend zu einer frohen Wiedersehensfeier werden, die in das Gelöbnis ausklang, den guten Geist des Seminars durch allen Wandel der Zeiten sich zu erhalten, zu bewahren für eine bessere Zukunft.

Etwas 650 Schülerinnen sind im Laufe der Jahre durch das Seminar gegangen. Von denjenigen, deren Adressen bekannt sind, sind 260 Lehrerinnen geworden, 34 haben in den letzten Jahren studiert, 168 haben geheiratet, 7 sind in sozialen Berufen tätig, 19 sind in jungen Jahren gestorben.“ (*Cecilienschule, Oberlyzeum und Frauenschule, Bielefeld.)

Auch die **Vorschulen** sind an öffentlichen Schulen fast völlig verschwunden, nur in Oberschlesien bestanden noch einige wenige Klassen („oberschlesische“ Klassen). An den privaten höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend sind sie jedoch noch zahlreich vorhanden und dürften bestehen bleiben, bis das Reichsgesetz erlassen wird, das die Entschädigung regelt.

„Mit Schluß des Schuljahres 1926/27 war der Abbau der Vorschule, mit dem wir auf Veranlassung der Stadtverwaltung in Rücksicht auf die hiesige städtische Höhere Mädchenschule (evangelisch) früher als andere Privatschulen begonnen hatten, vollendet. Der Wegfall der Vorschulklassen, die durchweg 150 bis 170 Schülerinnen umfaßt hatten, bedeutet für die Anstalt einen großen Verlust.“ (oKatholisches Oberlyzeum i. G., E s c h w e i l e r.)

Auch von den Anstalten, die sich bisher behauptet haben, blicken viele mit Sorge in die Zukunft; die **Not der Schulen**, die stellenweise einen hohen Grad erreicht hat, hat viele Gründe, von denen die veränderten Ansprüche an die Leistungen der Schule und die Unfähigkeit der Schulunterhaltungsträger, die „schwere Last“ wie bisher weiterzutragen, die wichtigsten sind. Die Jahresberichte sagen darüber:

„**Sterben des Lyzeums.** — Die Zahl der Schülerinnen des Lyzeums ist mit jedem Oftertermin der letzten fünf Jahre stetig zurückgegangen. Bei einem Vergleich der Besuchsziffern sollen Frauenschule und Kindergärtnerinnen-Seminar sowie eine früher vorhandene Klasse 7 des Lyzeums unberücksichtigt bleiben. Es ergibt sich dann folgendes Bild: In den sechs oberen Klassen des Lyzeums waren

bei Beginn des Schuljahres	1923:	281	Schülerinnen
„	1924:	274	„
„	1925:	268	„
„	1926:	253	„
„	1927:	229	„
„	1928:	200	„

Geht die äußere Abwärtsentwicklung des Lyzeums im gleichen Maße weiter, so haben wir — zumal in Betracht zu ziehen ist, daß eine Doppelklasse in zwei Jahren ihr Ende erreicht — Oftern 1930 weniger

als 150 Schülerinnen im Lyzeum, mit anderen Worten nicht einmal diejenige Zahl mehr, die vom Staat als Mindestzahl für das Bestehen eines Lyzeums angesehen wird.

Was ist die Ursache für den Niedergang — um nicht gleich zu sagen Untergang — des Lyzeums? Liegt die Ursache in einem Schwächerwerden des pädagogischen Wertes der Anstalt? Läßt die Schule es fehlen an einem warmen Interesse, an treuer Fürsorge für die ihr anvertraute Jugend? An Willen und Kraft, an gewissenhafter Arbeit, den ewig heiligen Beruf der Erziehung zu guten, tüchtigen Persönlichkeiten durchzuführen? Vernachlässigt die Anstalt den Geist der Ordnung und damit die Pflicht, ein Geschlecht heranzubilden, das gelernt hat, den Notwendigkeiten des Lebens sich einzufügen und in Gemeinschaftsdienst mit anderen sich für die Aufgaben unseres heutigen Deutschlands anzustraffen? Läßt die Schule in ihrem ganzen Betriebe den Sinn praktischer Zweckmäßigkeit vermissen, der es versteht, alle Möglichkeiten auszunutzen, Einrichtungen zu schaffen, durch welche die Förderung unserer Schülerinnen erreicht werden kann? — Es liegt dem Lyzeum fern, durch all diese Fragen zum Vergleich mit anderen Schulen anzuregen, die Fragen bedeuten lediglich für die Anstalt selbst die ernsteste Gewissensprüfung, ob nicht etwa vom Lyzeum Wesentliches versäumt worden ist. Können die Fragen mit Recht verneint werden, so muß der Grund für ein Herabsinken der Schülerinnenzahl auf anderem Gebiet zu finden sein.

Gewöhnlich hat man in den Fällen einer niedrigeren Besuchszahl die Erklärung bei der Hand: Geburtenrückgang infolge des großen Krieges. Tröstend rechnet man vor, daß diesem Rückgang wieder eine Aufstiegsstufe folge. Das ist teilweise richtig. Doch lehrt die Statistik, daß diese Aufstiegsstufe nur kurz ist, und daß sich an sie wieder eine — vermutlich länger dauernde — Rückgangsperiode schließt.

Gelegentlich wird der Gedanke geäußert, daß die allgemeine wirtschaftliche Notlage es begreiflich mache, wenn Familien wohl für die Ausbildung ihrer Söhne sorgten, aber nicht auch noch für die Ausbildung ihrer Töchter viel aufzuwenden vermöchten. Das ist gewiß manchmal der Fall, aber der starke Rückgang im Lyzeum ist damit noch nicht geklärt.

Ferner wird das eine oder andere Mädchen, das ein Lyzeum besuchen könnte, von vornherein auf die Mittelschule oder auch auf die Mädchenabteilung der Landwirtschaftlichen Lehranstalt gegangen sein. Aber auch hiermit wird die auffallende Abnahme unserer Schülerinnenzahl noch nicht verständlich.

Der wahre Grund liegt tiefer! Die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Zeit spielen bestimmt hierbei die größte Rolle, und zwar nach der Richtung, daß sie die Notwendigkeit einer Berufsausbildung für die Mädchen in die vorderste Linie stellen. Nicht Einschränkung, sondern im Gegenteil eine bemerkenswerte Erweiterung der Mädchenbildung ist es, was heutzutage von den meisten Eltern erstrebt wird. Vielfach durch die Inflation früher vorhandener Mittel beraubt, wünschen sie ihren Töchtern wenigstens die Möglichkeit zu einer selbständigen Berufsführung zu eröffnen. Um sich nicht für einen einzigen Beruf, den der Kindergärtnerin, einengen zu müssen, richten sie ihre Augen auf diejenige Grundlage, von der aus sämtliche Berufe, die für Mädchen in Frage kommen, ergriffen werden können, auf die Hochschulreise. Würde diese durch irgendwelchen Aufbau mit dem Lyzeum verbunden, so würde wohl überhaupt kein Mädchen auf den Gedanken kommen, sich nicht dem Lyzeum zuzuwenden. Es ist die bitterste Not, welche die Mädchen aus dem Lyzeum her austreibt oder von ihm fernhält. Nicht weniger als 45 Schülerinnen besuchen seit Ostern 1928 die hiesigen Knabenschulen, 14 das Gymnasium, 31 die Oberrealschule mit Reformrealschule, von ihnen allein 12 bzw. 13 = 25 die Klassen Sexta bis Untersekunda. Andere Mädchen besuchen auswärtige Oberlyzeen, was nicht als dem Interesse der Stadt förderlich angesehen werden kann. Dem hiesigen Gymnasium wird mancher geneigt sein, eine Hebung der Schülerziffer durch Zuzug von Mädchen zu gönnen, um diese Anstalt vor dem Eingehen zu retten und dem Wirtschaftsleben der Stadt einen jährlichen Zustrom von über 100 000 RM zu erhalten. Aber man täusche sich doch nicht und glaube das Bestehen des Gymnasiums nunmehr gesichert, nachdem durch den Zuwachs an Mädchen ein leichtes Anschwellen der Schülerzahl erreicht worden ist. Der Untergang des Gymnasiums wird doch nicht aufzuhalten sein, und unsere Mädchen sind zu gut dazu, bei einer nicht mehr lebensfähigen Knabenanstalt Rückenbüßerinnen zu sein.

Muß das Lyzeum dem Interesse der Knabenschulen geopfert werden? Die allgemeine Erfahrung in Städten mit denselben Schulverhältnissen, wie Quedlinburg sie hat, zeigt überall ein Herabgehen der Lyzeen, und man gebraucht in fachmännischen Kreisen mit vollem Recht das Wort: „Absterben der Lyzeen“. Wollte Gott, es bestände dies Wort in Quedlinburg nicht zu Recht! Nicht, daß wir dächten, das Lyzeum würde einmal aufgelöst werden! Der Staat kann eine staatliche Anstalt eingehen lassen, er versetzt die betreffenden Lehrkräfte einfach an eine seiner vielen anderen höheren Schulen. Eine Stadt hat nicht diese Möglichkeiten, ein städtisches Lyzeum bleibt an sich bestehen, wird nur immer schwächer und — teurer!

Ist das nicht in Wirklichkeit ein Sterben? Wir schließen mit der Hoffnung, daß es gelingen möge, durch Ausbau des Lyzeums zum Ziel der Hochschulreise das befürchtete Schicksal von der Anstalt, der Stadt und ihrer Bevölkerung abzuwenden!" (*Lyzeum mit Frauenschule, Quedlinburg.)

„Das Lyzeum leidet unter der Abwanderung zum Realgymnasium. Nach dem Jahresbericht waren dort 1926 ein, 1927 sechs Mädchen; jetzt sind es sechzehn. Wenn der Übertritt in diesem Tempo weitergeht, wird sich in nicht zu ferner Zeit das Gros der Mädchen im Schulhaus an der Grünstraße versammelt haben. Begreiflicherweise konnte darum der Vorschlag austauschen, den allmählichen Prozeß zu beschleunigen, indem man das ganze Lyzeum in der Knabenschule aufgehen läßt oder dieser angliedert. Der Grund für die Krise liegt in dem wachsenden Verlangen nach dem Abiturientenexamen auch für Mädchen. Was vor zwanzig Jahren noch das sogenannte „Einjährige“ (Obersekundareise) war, wird heute mehr und mehr die Reifeprüfung der neunjährigen höheren Schule: Vorbedingung für den Eintritt in einen Lebensberuf (Vollschullehrer, mittlere Beamtenlaufbahn, soziale Berufe, ausreichende Lebensstellung im freien Wirtschaftsleben). Man kann das bedauern, aber nicht ändern, sowenig wie das gleiche Bildungstreben der Frau wie für den Mann. Das Lyzealzeugnis (Obersekundareise) genügt den Eltern nicht mehr. Das Lyzeum kann sich rühmen, Unterricht und Erziehung sorgfältig der weiblichen Natur anzupassen. Ein derartiger idealer und darum unsicherer Wert (vom Standpunkt der praktischen Lebensnotwendigkeit aus) verschwindet gegenüber dem Schwergewicht der materiellen Interessen, und diese fordern hier möglichst weitgehende „Berechtigung“. Darum kann sich das Lyzeum in Pasewalk neben einer Knabenvollanstalt nicht behaupten; jenes bietet die Obersekundareise, dieses das Abiturientenexamen. Ich befürwortete den Ausbau zum Oberlyzeum durch Aufsetzen zweier Klassen (1. Obersekunda, 2. Unter- und Oberprima vereinigt). Scheitert der Plan, so lasse ich keinen Zweifel daran, daß ich für das Lyzeum einen schnellen Tod dem langsamen Sterben vorziehe.“ (*Lyzeum, Pasewalk.)

„Leider scheint bei der schlechten finanziellen Lage der Stadt und dem geringen Zuschuß, den der Staat für die Schule leistet, ihr Bestand immer noch nicht völlig sicher, wenn auch die größte Gefahr, die in Gestalt der Zurückziehung des staatlichen Zuschusses überhaupt drohte, vorläufig vorüber ist. Es heißt aber für alle Freunde der Anstalt, die Augen offen zu halten, zumal auch in einem Teil der Bürgerschaft sachlich, vor allem auch finanziell, durch nichts zu rechtfertigende Bestrebungen sich geltend machen, eine Umwandlung der Schule in eine Mittelschule ins Werk zu setzen. Es sei an dieser Stelle noch einmal mit allem Ernst auf die Nachteile verwiesen, die für die Stadt durch den Abbau der höheren Schule entstehen könnten. Nicht persönliche Interessen, sondern nur die der Allgemeinheit sollten für jeden, der auf das kommunale Leben Einfluß besitzt, an erster Stelle stehen.“ (*Wilhelmsschule, Realprogymnasium, Wolgast.)

„In der Elternversammlung am 30. Oktober 1927 wurde die Notwendigkeit, die Schule in eine Realschule unter Zulassung von Mädchen, wie sie in Preußen in großer Zahl existieren, umzuwandeln und in öffentliche Hand überzuführen, allseitig anerkannt. — Die Gründe dafür sind bekannt. Sie liegen vor allem in den Schwierigkeiten der Gewinnung des Lehrbedarfs, die heute zu ständiger Umformung des Lehrkörpers veranlassen. — Entsprechende Entschliefungen wurden an den Kreis, die in Frage kommenden Gemeinden, die Ilse, Bergbau-A.-G., das Provinzial-Schulkollegium und das Ministerium gesandt, zugleich mit der Bitte um Hilfe bei der Lösung der Schwierigkeiten.

Im Zusammenhang mit diesen Räten bzw. Bestrebungen stand eine Verhandlung unter dem Vorsitz des Herrn Landrats, zu der außer den Kreisbehörden die Gemeindevorsteher und Schöffen der interessierten Gemeinden, der Magistrat Senftenberg und die Ilse, Bergbau-A.-G., geladen waren. Auch diese Verhandlung kam zu demselben Ergebnis: Die Umwandlung der Schule in eine Realschule und die Übernahme auf öffentliche Hand erweisen sich für den Fortbestand der Schule als notwendig.

Seit diesem Termin sind die nach dieser Richtung hin gepflogenen Verhandlungen zu keinem Fortgang gekommen. Im Interesse der Jugend und der Eltern, damit der ganzen Bevölkerung läge es, wenn eine zielbewußte Hand die Lösung der brennenden Schulfrage, die weite Kreise erregt, in die Hand nähme. Daß irgendeine Änderung eintreten muß, scheint unausweichlich.“ (oIlse-Lyzeum, Grube Ilse, N.-L.)

„Für Lehr- und Lernmittel hatte die Patronatsbehörde zunächst ausreichende Geldmittel zur Verfügung gestellt, die zur Vermehrung der Sammlungen Verwendung fanden. Leider sah sich aber die Stadtverwaltung infolge der schwierigen Finanzlage genötigt, die meisten Ausgabetitel auf lange Zeit, einige sogar gänzlich zu sperren, so daß sich die Ausgestaltung der Sammlungen und ihre Instandhaltung in diesem Jahre sehr schwierig gestaltete.“ (*Gymnasium, Stralsund.)

„Die schon seit fast zwei Jahrzehnten schwebenden Verhandlungen über die Beschaffung neuer Räume für das Gymnasium haben im Berichtsjahre eine entscheidende Wendung erfahren. Die Schwie-

rigkeiten, über die man früher nicht hinwegkommen konnte, lagen in dem Mangel an festen Bindungen des Staates und der Stadt der Stiftung gegenüber. Im Jahre 1863 bei der Wiedererhebung der alten Schule zu einer berechtigten Anstalt und 1903 bei der Errichtung des Gymnasiums hatte man sie umgangen, indem man die zur Vergrößerung notwendigen Mittel der Stiftung entnahm, die dadurch in ihren Erträgen stark geschmälert wurde. Trotzdem blieb das damals Geschaffene Stückwerk. Bald nach dem Ausbau zeigte sich schon, daß die Raumverhältnisse auf die Dauer unhaltbar waren. Man versuchte nun allen Ernstes, die Errichtung eines der Stadt Andernach würdigen Gymnasialgebäudes in die Wege zu leiten: ein schöner Platz wurde erworben und der Stiftung übergeben, die Pläne wurden fertig gestellt; als der Krieg ausbrach, waren aber die Verhandlungen über die Kostendeckung noch unerledigt. — Nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges war es klar, daß die alten Pläne nicht mehr durchgeführt werden konnten. Als dann die einst wohlhabende Stadt Andernach auch noch finanziell zusammenbrach, schien es, als ob man jede Hoffnung auf neue Räume fahren lassen müsse. Da ergab sich die Möglichkeit, den frei gelegenen Hauptflügel der früheren Irrenanstalt St. Thomas im Austausch gegen das alte, mitten in der Stadt liegende Gebäude zu erwerben. Trotzdem er noch amerikanische, später französische Kaserne war, wurde zugegriffen, und als um die Wende des Jahres 1926/27 die französische Garnison verlegt wurde, ging der Flügel vertragsgemäß in den Besitz des Gymnasiums über. Doch die Mittel für den inneren Umbau fehlten völlig. Die Stiftung war entwertet, die Stadt außerstande zu helfen. Eine Zeit lang bestand die Gefahr, daß alles bisher Erreichte vergeblich war. Da griff der Staat ein. Er übernahm, die Zustimmung des Landtags vorausgesetzt, die Hälfte der Umbaukosten und setzte die Stadt in die Lage, die andere Hälfte zu tragen. So ist trotz der Ungunst der Zeit und der Umstände die Ersetzung eines geräumigen und schönen Gymnasialgebäudes in greifbare Nähe gerückt.“ (Stift. Gymnasium, A n d e r n a c h.)

„Von Ostern 1928 ab wurde die Einrichtung der D II vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung genehmigt. Da die Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit noch nicht gänzlich abgeschlossen werden konnten, so bedarf es noch gewisser Unterlagen für bauliche Veränderungen, um den Wünschen der Behörden betr. Einrichtung der für die Vorklasse nötigen Räume gerecht zu werden. Die Hauptsache ist jedoch, daß die Verschiebung der Angelegenheit um ein Jahr bis Ostern 1929 vermieden wurde. Im neuen Schuljahre werden die Verhandlungen zum völligen Abschluß gebracht werden können.

Damit ist ein Unternehmen zum Erfolg geführt worden, das, schon seit vielen Jahren betrieben, bisher immer zum Scheitern verurteilt gewesen war. Der Plan, im Zusammenhang mit der Verstaatlichung den Ausbau vorzunehmen, mißlang. Die seit Herbst wiederaufgenommenen Bemühungen führten zunächst auch nicht zum Ziel. Da tauchte im Herbst 1927 der Plan auf, nach dem Vorgange anderer Anstalten Kreis und Stadt Schlawe zur Tragung der mit dem Ausbau verbundenen Kosten zu veranlassen, weil klar ersichtlich war, daß auf andere Weise der Ausbau nicht erreicht werden konnte. Der Herr Landrat Dr. von Zikewitz sowohl wie der Herr Bürgermeister Lenz und der Herr Stadtverordnetenvorsteher Gerner waren bereit, sich für diese Lösung des Problems einzusetzen, und so kam die Angelegenheit ins Rollen. Der Herr Regierungspräsident sagte dankenswerter Weise seine Mitwirkung zu. Die Eltern der Schüler wurden von der bevorstehenden Absicht verständigt, so daß eine große Zahl freudiger Zustimmungserklärungen eingingen. Ein ausführlich begründeter Antrag wurde von der Anstaltsleitung beim Provinzialschulkollegium gestellt. Besichtigungen der Baulichkeiten durch den Herrn Dezernenten der genannten Behörde und den Herrn Regierungspräsidenten folgten. Nach Klärung schwebender Fragen durch den Herrn Landrat und den Berichterstatter in mündlichen Verhandlungen im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im Januar wurden die die Kostenaufbringung betreffenden Beschlüsse des Kreis Ausschusses, des Magistrats, des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung gefaßt. Da die Zeit bis Ostern knapper und knapper wurde, so bestand die Gefahr, daß der Beginn des Ausbaues um ein Jahr verschoben würde; es gelang aber in einer nochmaligen mündlichen Verhandlung der Antragsteller in den Ministerien dank dem freundlichen Entgegenkommen der dort beteiligten Stellen, den Beginn des Ausbaues für Ostern zu erreichen.“ (+Realprogymnasium, S c h l a w e.)

„Unsere Hoffnung, der Referentenentwurf, betreffend eine gerechte Verteilung der Schullasten auf Stadt und Land, möchte im Laufe des Jahres zum Gesetz erhoben werden, hat sich leider nicht erfüllt. So wurden zum Teil wiederum den auswärtigen Schülern die Mehrlasten aufgebürdet, die die Gemeinden zu tragen sich verpflichtet hatten. Da neuerdings die Ämter sich weigern, in Zukunft die Schullasten mit-

zutragen, beträgt das Schulgeld für Auswärtige wie anderswo nunmehr 250 RM. Die Folgen dieser unerquicklichen und unsicheren Verhältnisse spiegeln sich wieder in einem weiteren Sinken der Zahl auswärtiger Schüler: 1924: 114, 1925: 104, 1926: 98, 1927: 94, 1928: 90." (*Realschule, S o e f t.)

„Der Elternbeirat, vor allem Herr Dr. Stempel als Vorsitzender, blieb das ganze Jahr hindurch mit der Schulleitung in engster Fühlung und regem Gedankenaustausch, um das Werk des Schulerweiterungs- und des Schulaufbaues zu fördern. Wiederholt trat der Beirat zusammen, auch erweitert durch eine größere Zahl von finanzkräftigen Eltern aus Bad Deynhausen, dessen nächster Umgebung und Blotho. Das Ergebnis aller Verhandlungen und der im Anschluß daran durch den Direktor unternommenen Schritte ist nach der einen Seite recht erfreulich: Die Teilnahme der weitesten Elternkreise und Bürgerkreise hat sich als so stark erwiesen, daß aus diesen Kreisen allein der Stadt ein Kapital von rund 80 000 RM zur Verfügung gestellt wurde, um den Ausbau der Anstalt alsbald in Angriff zu nehmen, so daß Ostern 1929 die Obersekunda errichtet werden konnte! Andererseits ist leider bis zum Abschluß des Schuljahres seitens der städtischen Körperschaften noch kein endgültiger Beschluß gefaßt worden, der erkennen läßt, ob und wann nun der Plan des Aufbaues zur Ausführung kommt.“ (*Realprogymnasium, B a d D e y n h a u s e n.)

„Im Laufe des Schuljahres ging das Schulgrundstück aus dem Eigentum der Stadt in das des Staates über. Zur Begründung der Anstalt war im Jahre 1868 ein Kapital durch Ausgabe von Anteilscheinen aufgebracht worden, die von der Stadt Reichenbach amortisiert wurden. Zwar waren 1868 die Schulgebäude dem Staate übereignet worden, aber das Schulgrundstück war auf den Namen der Stadt eingetragen worden; es sollte dem Staate erst nach beendeter Amortisation übereignet werden. Das ist nunmehr geschehen.

Gleichzeitig mit der Umschreibung erfolgte ein Austausch von kleinen Geländestücken zwischen Stadt und Staat, so daß der Turnplatz um einige Meter hinter der Turnhalle verlängert werden konnte.“ (*König Wilhelms-Schule, Realgymnasium, R e i c h e n b a c h.)

„Mit dem 1. April 1927 ist die Schule gemäß dem Beschlusse des Kreistages vom 11. November 1926 vom Realschulzweckverband auf den Kreis übergegangen. Durch diesen Übergang auf einen finanziell leistungsfähigeren Unterhaltsträger ist ein neuer Abschnitt der Entwicklung eingeleitet, der gewiß der Schule zu reichem Segen gereichen wird. Es soll an dieser Stelle aber voll aufrichtiger Dankbarkeit der Tätigkeit des vom Sommer 1922 bis Ostern 1927 bestehenden Zweckverbandes und seiner eigentlichen Begründer, des Bürgermeisters Meherhoff-Oldenburg und des damaligen Leiters der Privatschule Dr. Jensen, gedacht werden. Ohne den Zweckverband hätte die Schule dem Sturm der letzten schweren Wirtschaftsjahre nicht Stand halten können. Er hat sie mit großen Opfern gehalten, bis sie Kreis-Realschule werden konnte.“ (Kreis-Realschule, O l d e n b u r g, H o l s t e i n.)

„Mit dem 1. April wurde die Anstalt Kreis-Realschule, d. h. wir sind aus dem Rahmen unseres engeren Marner Bezirks herausgetreten und haben nun auch solche Aufgaben zu übernehmen, welche der Allgemeinheit des Kreises für die gewährte Unterstützung den Gegenwert liefern. Gleichzeitig sind wir aus einer Realschule zur Oberrealschule geworden. Neue Aufgaben also und neue Ziele für Lehrer und Schüler. Sollen wir die einen erfüllen und die anderen erreichen, dann bedarf es eines einzigen Gefühls: des Vertrauens. Die Patronatsgemeinden opfern große Summen. Sie erwarten, daß Lehrer und Schüler ihr Bestes hergeben, um dem deutschen Volke seinen Platz im Räte der Völker zurückzugewinnen. Wir leben in einer ernstesten und schwersten Zeit, in der ein solcher Schritt wie die Errichtung einer Oberrealschule doppelt hoch zu werten ist. Dessen müssen sich Lehrer und Schüler bewusst sein, daß nur Leistungen den Bau innerlich halten können, der äußerlich heute begonnen wird. Die Anerkennung der Schule als Vollanstalt wird die Anspannung aller Kräfte erfordern. Aber ich hoffe, daß Lehrer und Schüler das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen werden. Kommen aber ernstere Zeiten noch als bisher, so werden sie überwunden werden, wenn Patronatsgemeinden und Lehrerkollegium fest zusammenhalten und nicht das Vertrauen zueinander verlieren.

Niemals hat das Kirchspiel Marne, niemals haben Marne-Stadt und Marne-Land ihre Hilfe versagt, wenn es galt, für die Schule, die noch jüngst ihr treuer Sachverwalter das Marner Juwel nannte, opferbereit zu sein. Die Marner haben immer gewußt, was sie an ihrer Schule hatten, was für eine Bedeutung die Schule für das geistige Leben in Marne und Umgebung gehabt hat.